

toten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906-1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innenpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottenreform, die planmäßige Entwicklung der Indienststellungen in den Jahren 1906-1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Personal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Ergrößerung der „Fortdauernden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzulegen.

A. Auslandsschiffe.

Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslandsschiffsbesatzungen rechnen müssen.

(Folgt ein Tableau und unter B. ein Verzeichnis der heimischen Seeschiffe.)

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts. Ges. v. Tirpitz.

Man sieht, das deutsche Volk wird von zwei Seiten empfindlich „befürsorgt“. Erstens wird es für Agrarier Millionen zu blechen haben, zweitens für die Marine; ein „stiftiger Grund mehr, gegen die agrarische Föllnerie den Kampf bis zum endlichen Siege durchzuführen.

Auch die „Germania“ schreibt: es mache „einen sehr peinlichen Eindruck, daß das Reichsmarineamt in Betreff der Steigerung der Indiensthaltung in die Jahre 1905-1910 zugiebt, den Reichstag getäuscht zu haben.“

Selbst die „Schlesische Zeitung“ ist über den Staatssekretär entrüstet:

Bedauerlich ist einmal, daß das „Zentralorgan“ der revolutionären Demokratie schon wieder einmal in der Lage ist, ein vertrauliches Schriftstück zu veröffentlichen, das „unwiderrücklich in den Besitz des Sozialistenblattes gelangt sein kann.“

In der Budget-Kommission des Reichstags interpellierte Abg. Dr. Müller-Sagan fr. Vp.) vor Eintritt in die Tagesordnung den Staats-Sekretär von Tirpitz wegen des im „Vorwärts“ veröffentlichten Erlasses. - Staats-Sekretär von Tirpitz erklärte, der Erlaß sei authentisch.

Abg. Nebel (Soz.) empfiehlt, solche Erlasse in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu publizieren, ehe sie im „Vorwärts“ erscheinen.

Abg. Müller-Fulda (Zentr.) befreit auf das Entschiedenste, daß eine weitere Neubewertung für die Marine bezüglich der Auslandsschiffe für die Geltungsdauer des Flotten-Gesetzes vom Staats-Sekretär angekündigt worden sei.

Durch die Veröffentlichung ihres Erlasses hat der „Vorwärts“ freilich der Regierung einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht.

Zwischen Plan und Verwirklichung liegt nämlich nur eine Kleinigkeit.

die Reichstags-Wahlen.

Nieder mit den Zollschneidern, nieder mit den Flotten-Patrioten! wird ihre Lösung sein.

Politische Uebersicht.

Der Wahltag in Döbeln wird überall besprochen. Man weiß darauf hin, daß nunmehr über die Hälfte der sächsischen Mandate in sozialdemokratischen Händen sich befindet.

Geradezu überraschend ist der sozialdemokratische Stimmzunahme, der sich zwischen der Hauptwahl 1898 und der letzten Ergänzwahl ergeben hat.

Die Wahl bedeutet auf Grund dieser unabweisbaren Zahlenzunahme eine neue empfindliche Niederlage der agrarischen Brotwindepolitik.

Das der Brotwindekrummel den Konfessionen und Nationalitäten viele Wähler entzogen habe, läßt sich, wenn man lediglich die Gesammtergebnisse betrachtet, kaum anzuerkennen.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ glaubt es nicht: „Das der Brotwindekrummel den Konfessionen und Nationalitäten viele Wähler entzogen habe, läßt sich, wenn man lediglich die Gesammtergebnisse betrachtet, kaum anzuerkennen.“

Als nehmt dem Volk das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht, dann ist die Sozialdemokratie mit einem Schlage ausgerottet.

Benignus amertlich.

Deut Lage lang halgt sich die Zolltarifkommission nun schon an unannehmbare konservative Anträge über Anhebungszugänge.

Staats-Sekretär Graf Posadowsky beharrt in der letzten Festigkeit der Agrarier, die die schwerste Ursache auch bei den Fremden der Vorlage hervorzuheben haben.

ermitteln, für die Landwirtschaft hätten die Anträge also keine Bedeutung, wohl aber für die Industrie.

Die Kommission kam auch heute noch nicht zu einer Entscheidung über die von den Agrariern gestellten, von der Regierung bekämpften Anträge.

Vorläufig also gehen die Kommissionsverhandlungen ihren weiteren Gang, dessen Tempo durchaus von dem Verhalten der Parteien abhängt.

Dagegen müssen wir uns doch energisch verwahren, so angenehm und auch die Disziplinlosigkeit und Faltschichtigkeit der Agrarier berührt, wir sind dafür nicht verantwortlich.

Ueber die Ausgabe der Karten zur Arbeitslorenzählung in Berlin am letzten Sonntag schreibt der „Vorwärts“:

Zu der schwierigen Aufgabe hatte sich die Gewerkschaftskommission mit der sozialdemokratischen Partei verbunden, die allein in Berlin über eine Organisation verfügt, die es erlaubt, die Hufenstadt in wenigen Stunden, wie sonst mit Flugblättern, mit den Bählkarten zu überschwenmen.

Die Angehörigen der Partei-Organisation versammelten sich in ihren Zahlstellen, von wo aus die zu derselben gehörigen Häuser belegt werden.

Im Großen und Ganzen funktionierte der umfangreiche Apparat vorzüglich. In den direksten Arbeiterquartellen waren Hilfskräfte in Menge übrig: dort hatte jeder Häbler nur ein Haus zu besorgen.

Zu den Bähllokalen herrschte eine stille emsige Thätigkeit. Es war interessant, den Eifer zu beobachten, mit dem jeder Einzelne sich der zu bewältigenden Aufgabe hingab.

Wo die Arbeit sich dann erledigte, war sie meist bis 10 Uhr erledigt; in einzelnen Bezirken zog sie sich bis 12 Uhr hin.

Die Berliner Genossen sind im Stande, eine schöne Arbeit in wenigen Stunden zu verrichten.

Die Gemeinden sind zu billig, wenigstens nach der Meinung der Agrarier.

8 Mark pro 100 Kilo Rohflachs, 12 Mark pro 100 Kilo bearbeiteten Flachs, 6 Mark pro 100 Kilo Leinwand.

Was das bedeuten will, ersieht man daraus, daß Flachs (Position 470 im Entwurfs der Regierung) jetzt zollfrei ist und auch im Entwurfs zollfrei gehalten ist, während die bisher ebenfalls zollfreie Leinwand (Position 15) im Entwurfs mit 0,75 Mark pro Doppelzentner angelegt ist.

Der Reichstag hat nun auch durchgesehen, daß der Bundesrat seinen Scherenschnitten Beachtung schenkt, an denen Initiativ-Anträge aus dem Hause verhandelt werden.

Der Reichstag hat nun auch durchgesehen, daß der Bundesrat seinen Scherenschnitten Beachtung schenkt, an denen Initiativ-Anträge aus dem Hause verhandelt werden.

Das Abgeordnetenhaus hat sich am Mittwoch zunächst im letzten Akt der Sitzungsperiode am 28. Dezember.

Es hat sich als unabweisbar herausgestellt, daß die Frage der Einführung der Volk- und Mittelschulen in den Provinzen ein allgäusliches Problem ist.

„Minister“ gehaltenen Neben entbehrten jeglichen Interesses für die Allgemeinheit.

So ändern sich die Zeiten! lieber den Abgeordneten v. Maffow, der kürzlich im Reichstag als Nachahmer Alshwards auftrat, wird von der „Königsb. Post“ folgende höchst interessante Diribanden berichtet: Herr v. Maffow war nicht immer Volkstretter.

Eine sozialdemokratische Stadtvertretung. Bei der Stadtrathwahl in Delmenhorst gewannen die Sozialdemokraten zehn neue Sitze.

Neue staatliche Bergwerke. Die Vorlage betreffend Erwerb von Bergwerksbesitz durch den Staat enthält, wie nach der „Rhein. Westf. Zeitung“ verlautet, insgesamt eine Forderung von 60,000,000 M.

Gegen die Mensuren. Ein Telegramm der Berliner „Vollkzeitung“ aus Jena meldet: Der Direktor der Universität Jena hat in mündliche studentischen Mensuren.

Der Staatsanwaltschaftsrath Cuny, bisher beim Landgericht II in Berlin, welcher neulich auf dem Burschenschaftsfest durch seine Rede zu Gunsten des Boykottes Aufsehen erregte.

Zur Reichstags-Ergänzwahl in Ebing. Als konservativer Kandidat für den Reichstagswahlkreis Elbing-Marienburg ist, wie die „Elb. Zig.“ hört, der Kammerherr v. Oldenburg-Pannu, auch in Aussicht genommen.

Ausland.

Der Peterspennig hat im vergangenen Jahre 1,840,806 Mk. eingebracht. Davon leistete den Hauptbeitrag Italien mit 248,800 Mark.

Die Menelik Verhörer von Telegraphenlinien bestraft. Das „Journal de Djibouti“ meldet, daß der Negus Befehl zur schnellen Fertigstellung der Telegraphen- und Telefonlinien zwischen der italienischen Kolonie Erythra und seiner Hauptstadt gegeben habe.

Ueber die Beendigung des Burenkrieges ist die holländische mit der englischen Regierung in Verbindung getreten.

Es muß abgewartet werden, ob sich die Friedenshoffnungen erfüllen.

Partei-Angelegenheiten.

Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher im Herzogthum Braunschweig beschlossen auf einer Konferenz am Sonntag ein Kommunalprogramm.

Die Parteigenossen in Köln haben in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften in einer zahlreichen Versammlung einstimmig beschlossen, eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu gründen zur Erwerbung oder Errichtung eines Versammlungsgeländes.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 30. Januar.

* Das Lesebuch der Breslauer Volksschulen. Außer anderen Mängeln, längst nicht mehr im Einklang mit den in den Schulen geltenden und von der Regierung genehmigten Stoffplänen.

Rum hat auch der Unterrichtsminister in einem an den Oberpräsidenten gerichteten Erlasse vom 28. Dezember vorigen Jahres die Einführung abgelehnt.

Es hat sich als unabweisbar herausgestellt, daß die Frage der Volk- und Mittelschulen ein allgäusliches Problem ist.

Henel's Grosser Inventur-Ausverkauf

Sonnabend, Montag und Dienstag,
den 1., 3. und 4. Februar 1902:

findet nur gegen Baarzahlung

in unseren sämtlichen, zum Theil durch unseren umfangreichen Neubau bedeutend erweiterten Abtheilungen statt u. erstreckt sich:

- I. auf einzelne Artikel, die entweder in unseren Schaufenstern oder am Lager unansehnlich geworden oder die aus ganzen Dutzenden zurückgeblieben sind, sowie auf alle anderen Restwaaren;
- II. auf alle Mode- und Confections-Waaren der verflossenen Saison;
- III. auf alle diejenigen Waaren, die wir in unserem neuen Haupt-Catalog nicht wieder aufnehmen.

Dieser seiner Reellität wegen in den weitesten Kreisen allbekannt und sich daher eines ausserordentlich grossen Zuspruchs erfreuende **Inventur-Ausverkauf** bietet für alle praktischen Einkäufer so grosse Vortheile, dass wir uns erlauben, sowohl hiesige als auch auswärtige Herrschaften auf diese besonders günstige Gelegenheit aufmerksam zu machen, da es sich lohnen dürfte, bei diesem Ausverkauf auch seinen späteren Bedarf für längere Zeit zu decken. Namentlich eignen sich diese Waaren zur Completirung älterer Bestände, sowie zur Zusammenstellung neuer Ausstattungen.

Die Reellität unseres Ausverkaufs-Rabatts, der auf alle Einzel-Preise gewährt wird, können die geehrten Kunden durch unsere illustrierten Preis-Courante controliren.

Umtausch, sowie Franco-Versand dieser Waaren ausgeschlossen, ebenso können Auswahlsendungen nicht gemacht werden.

Freie Hin- u. Rückfahrt nach und von Breslau für Jedermann,

Während des Inventur-Ausverkaufs ist ein Erfrischungs-**Buffet** zur kostenfreien Benutzung eingerichtet.

Wir vergüten, um vielseitigen Wünschen entgegen zu kommen, unseren auswärtigen Kunden bei den Baar-Einkäufen an diesen alljährlich nur einmal stattfindenden Inventur-Ausverkaufstagen

Wir vergüten den Betrag für ein oder mehrere Retourbillets III. Klasse bei Baar-Einkäufen

von mind. 20 Mk. auf einen Umkreis bis zu 20 km	von mind. 75 Mk. auf einen Umkreis bis zu 75 km
= 30	= 100
= 50	= 200

und so weiter.

ein oder mehrere Retourbillets III. Klasse.

Für Billets höherer Klassen vergüten wir stets nur die III. Klasse.

Die Originalbillets müssen an der Kasse zur Abstempelung und Auszahlung vorgelegt werden.

15% unter Preis.

Tisch- und Küchen-Wäsche

Tafel- und Kaffee-Gedecke, Abend- und Garten-Decken
Tischläufer, Buffet-, Servir-Decken
Handtücher, Wirthschaftstücher etc.

15% unter Preis.

20% unter Preis.

Wäsche

Damen-Herren-Kinder-Luxus-Bade-Koch-Bott-Bettstellen Kinderwagen Wickeltische Wasch- u. Nachttische Schlafzimmer-Möbel Taschentücher Tricotlagen Sport-Artikel

Leinen- und Baumwoll-Stoffe, wie Chifon, Shirting, Perkal, Harchend, Inlet, Drell, Bettbezug-, Schürzen- und Négligé-Stoffe, Futterstoffe, Tricotstoffe, echte und imitirte Flanelle, Weisswaren, Stickerien und Spitzen, Möbel- und Decorationsstoffe, Gardinen-Schneiderei und Rouleauxstoffe, Läufer- und Teppichstoffe etc. etc.

Ausverkauf eines grossen Posten **Linoleums** einfarbig und bedruckt, sowie speziell **Inlaid-Linoleums** mit durchgehendem Muster, neherweise in Rollen, sowie in Resten, ältere Muster und selbstarbige Stücke zu aussergewöhnlich ermässigten Preisen.

Damen-Herren-Kinder-Hüte, Handschuhe Stöcke, Schirme Schlaf-Reise-Wagen-Tisch-Divan-Gardinen, Stores Vorhänge, Portièren Lambrequins Topplehe

20% unter Preis.

Damen-Kleiderstoffe

20% unter Preis.

Herren-Anzugstoffe

Seidenstoffe

Schuhwaaren

Julius Henel vorm. C. Fuchs

Kaiserl. u. kgl. kgl.-preuzl. u. sächs. Hoflieferant. Inhaber der Königl. Preuss. Jubel-Medaille, goldener Medallion und vieler anderer Ehren-Auszeichnungen.
Breslau I, Am Rathhause 24-27.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung. Mittwoch, den 29. Januar 1902.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Wasser- mann (nat.) betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfes wegen Einföhrung besonderer

Abg. Wasser mann (nat.): Ueber die Nothwendigkeit der Einföhrung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Während der Antrag Raab die Angliederung dieser Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte will, verlangt mein Antrag Anschluß an die Amtsgerichte.

Abg. Wasser mann (nat.): Ueber die Nothwendigkeit der Einföhrung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht allgemeine Uebereinstimmung.

Abg. Hofmann (Soz.): Auch wir sind für eine Ueberweisung an eine Kommission, in der man später auch die Vorlage der Regierung berathen kann.

Abg. Hennig (konf.): Wir sind im Prinzip für den Antrag Wasser mann. Ob sich die Schiedsgerichte an die Amtsgerichte oder die Gewerbegerichte anschließen sollen, muß die Kommission entscheiden.

Das Haus beschließt hierauf die Ueberweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die Beratung des vom Abg. Richter (fr. Vg.) eingebrachten Gesetzentwurfes, betr.

Sicherung des Wahlgeheimnisses in Verbindung mit dem Antrag Gröber (Zentr.) betr. Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.): Das einzige Hinderniß, weshalb unser Antrag noch nicht Gesetz geworden ist, liegt im Bundesrat.

Abg. Kirch (Zentr.): Die beiden Anträge sind identisch. Ich bitte, unseren Antrag einstimmig anzunehmen und eine Kommissionsberathung abzulehnen.

Abg. v. Tiedemann (Abg.) verliest Stellen aus der Rede Windthorst vom 28. März 1867, die Bedenken gegen das geheime Wahlrecht enthält.

Abg. v. Romierowski (Pole) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kirch an. Ich verweise beim Reichskanzler in dieser Frage die klare und entschiedene Stellungnahme, die wir von ihm in der Polenfrage gewohnt sind.

Abg. Wasser mann (nat.): Wir sind für die geheime Stimmabgabe. Eine Kommissionsberathung halten wir für überflüssig und bitten um möglichst einstimmige Annahme der beiden Anträge.

Abg. Auer (Soz.): Wenn die geheime Wahl schon gesichert wäre, wäre der Antrag überflüssig, daß aber selbst die Konser vative nicht dieser Ansicht sind, beweisen die Proteste gegen die Wahl des Abg. Gothein, bei denen man annehmen könnte, daß es sich um einen sozialdemokratischen Wähler handle.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Die Massenertränkungen in Blagoweschtschensk.

Wie erinnentlich brachten während der chinesischen Wirren englische Blätter die Meldung, daß in Blagoweschtschensk Tausende von Chinesen durch die Rosaken in den Amur getrieben und dort ertrunken seien.

Im „Westnik Jewropy“ veröffentlicht, er einen Reisebericht über seine Fahrt nach China, die er unternommen hatte, um aus der Mündungsgegend des Amur die Verhältnisse zu ersehen.

Es ist Wozgen. Wir gehen alle aus, um freie Zimmer in einem Gasthose (Blagoweschtschensk) zu suchen.

Wir saßen an einem gemeinsamen Tisch und frühstückten. Ein Offizier in Polizei-Uniform tritt ein.

So gehe ich auf ihn zu und stelle mich vor. Wir machen Bekanntschaft. Ich führe ihn auf mein Zimmer und wir plaudern.

„Som Vorstehenden der Heeresverwaltung war der Befehl gekommen, alle Chinesen zu sammeln und sie zum Ufer nach Wozgen-Blagoweschtschensk zu treiben, wo der Amur schmaler ist, und sie dort in Booren auf das andere Ufer zu befördern.“

„Wie viele sind denn nach Ihrer Meinung ertrunken?“ „Ja, viele werden es sein, denn es ist dreimal getrieben worden“, erklärte mein neuer Bekannter.

„Dies war Alles, was ich von ihm herausbekommen konnte. Aber Abends ging ich in den Hafen, um zu erfahren, wann der erste Dampfer nach Chabarowsk abging, und wieviel ich dort

Das wird aber von der Rechten fast stets abgelehnt. Herr Dertel sieht ja allerdings gerade in der Verschiedenheit der Stimmzettel die eigentliche Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Herr von Tiedemann meinte, der Vorschlag, einen besonderen Verschlag für die Wähler einzurichten, habe einen etwas komischen Beigeschmack.

Ein Verschlag kann von jedem Zimmerer oder Tischler leicht hergestell werden. — Wie traurig die Zustände sind, beweisen die Klagen über den Mangel an richtigen Wahlurnen.

Abg. Dr. v. Lebegow (konf.): Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wasser mann. Wir stehen ganz auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes und wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzufügen.

Abg. Beck-Koburg (fr. Vg.): Der Wähler muß seine Stimme ganz ungenirt abgeben können. Vielleicht erkundigt sich der Reichskanzler beim preussischen Ministerpräsidenten.

Abg. Dr. v. Lebegow (konf.): Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wasser mann. Wir stehen ganz auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes und wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzufügen.

Abg. Dr. v. Lebegow (konf.): Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wasser mann. Wir stehen ganz auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes und wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzufügen.

Das Haus tritt in die zweite Lesung ein. Die Anträge Richter und Gröber werden ohne Diskussion gegen die Stimmen der Konser vative angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Antrages Dr. Lieber (Zentrum) und Genossen betr.

Die Freiheit der Religionsübung. § 1 bestimmt in der Kommissionsfassung: Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Eine reichsrechtliche Regelung des § 1 ist durchaus nöthig. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sicher ein bedeutender Schritt.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Eine reichsrechtliche Regelung des § 1 ist durchaus nöthig. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sicher ein bedeutender Schritt.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Abg.): Wir haben Bedenken gegen den Paragraphen, weil wir darin den Anfang sehen, die Kompetenz des Reiches auf dieses Gebiet auszudehnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler hat bereits in der ersten Lesung dieses Entwurfes betont, daß die Regelung der in § 1 enthaltenen Materie den Einzelstaaten vorbehalten ist.

Medlenburgischer Bundesbesvollmächtigter Dr. Langfeld: Meine Regierung wird alle berechtigten Wünsche der katholischen Kirche erfüllen.

Braunschweigischer Bevollmächtigter Freiherr von Grambrunn: Ich erkläre, daß dem braunschweigischen Landtage ein Entwurf vorgelegt sei, der die volle Parität für Katholiken und Protestanten bringe.

Abg. Dr. Bachem (Zentr.): Die Erklärungen der Regierungsvertreter bedeuten den Ausdruck einer neuen Zeit. Hoffentlich wird nun auch Sachsen dem Beispiele Westfalens und Braunschweigs folgen.

Abg. Kunert (Soz.): Wir verlangen Trennung der Kirche vom Staat und absolute Freiheit der religiösen Meinungen.

Der Antrag von Tiedemann auf Kommissionsberathung wird gegen die Stimmen der Konser vative abgelehnt.

Das Haus tritt in die zweite Lesung ein. Die Anträge Richter und Gröber werden ohne Diskussion gegen die Stimmen der Konser vative angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Antrages Dr. Lieber (Zentrum) und Genossen betr.

Die Freiheit der Religionsübung. § 1 bestimmt in der Kommissionsfassung: Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Eine reichsrechtliche Regelung des § 1 ist durchaus nöthig. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sicher ein bedeutender Schritt.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Eine reichsrechtliche Regelung des § 1 ist durchaus nöthig. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sicher ein bedeutender Schritt.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Abg. Dr. Sieber (nat.): In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 30. Januar 1902.

Zur Heilhaltung der Sonn- und Feiertage. Vier Handschuhmacher aus Haynau, welche am Sonntag, den 20. Oktober, in Döberichau und Siegenhufe die Verteilung unseres Kalenders vorgenommen hatten, waren vom Amtsvorsteher, Grafen v. Rothkirch-Trach zu Rantzenau, in eine Polizeistrafte genommen worden.

Aus aller Welt. Drei Kinder verbrannt. In Möschitz bei Rauen hatte eine Frau ihre 3 Kinder eingeschlossen und sich auf Arbeit begeben.

Selbstmord durch S. tz von der Rheinbrücke. Montag Vormittag 9 Uhr stürzte sich der verheiratete Schuhfabrikant Sehtlact von der Rheinbrücke in Ludwigshafen in den Rhein und zerstückerte sich den Schädel an einem Brückenpfeiler.

Eisenbahnunfall. Aus Bernigerode wird geschrieben: Der Nordhäuser Abendzug, der um 10 Uhr in Bernigerode eintrifft, erlitt am Sonntag zwischen dem Tunnel und der Station Dreimannen-Höhne eine halbstündige Verpätung in Folge eines eigenartigen Unfalles.

Ein Attentat auf einen Zug. Aus Sulda wird vom 28. Januar gemeldet: Heute Nachmittag wurde zwischen den Stationen Ketzell und Bronzell auf dem Schnellzug 15 ein Schuß abgegeben.

Nach Unterschlagung in Höhe von 10,000 Mark ist der Buchhalter Feiner aus Peringsdorf flüchtig geworden.

Abbruch von sieben Gefangenen. Sieben Strafgefangene, darunter einige sogenannte „schwere Jungen“, sind der „Danz. Hg.“ zufolge, gestern aus dem Danziger Central-Gefängnis entlassen.

Das griechische Kloster San Paul auf dem Berge Athos ist Donnerstag Nacht abgebrannt. Die in den oberen Stockwerken wohnenden Mönche konnten sich nur teilweise retten.

Abbruch von sieben Gefangenen. Sieben Strafgefangene, darunter einige sogenannte „schwere Jungen“, sind der „Danz. Hg.“ zufolge, gestern aus dem Danziger Central-Gefängnis entlassen.

Das griechische Kloster San Paul auf dem Berge Athos ist Donnerstag Nacht abgebrannt. Die in den oberen Stockwerken wohnenden Mönche konnten sich nur teilweise retten.

Abbruch von sieben Gefangenen. Sieben Strafgefangene, darunter einige sogenannte „schwere Jungen“, sind der „Danz. Hg.“ zufolge, gestern aus dem Danziger Central-Gefängnis entlassen.

